

nachahmt. Jesus forderte eine Absage an die Vergeltung, die mit Gewalt auf Gewalt antwortet, und rief zu einem Widerstand gegen das Unrecht auf, der der Versuchung zur Gewalt nicht nachgibt. Martin Luther King jr., der gewaltfreie Bürgerrechtskämpfer gegen den Rassismus in den USA, verstand durch Gandhi die Bergpredigt als eine Aufforderung zur „militanten Gewaltfreiheit“. Auch Judith Butlers aktuelles Buch „Die Macht der Gewaltlosigkeit“ folgt dieser Linie, wobei die deutsche Übersetzung des Titels irreführend ist, da Butler im englischen Original („The Force of Nonviolence“) ausdrücklich von einer Kraft spricht, und „nonviolence“ immer mit „Gewaltfreiheit“ übersetzt werden sollte, weil es die notwendige Aktivität stärker als der Begriff „Gewaltlosigkeit“ betont. Gandhis neuer Blick auf Jesus und die Bergpredigt beeinflussten die christliche Friedensethik in Richtung einer aktiven Gewaltfreiheit. Ein gutes Beispiel dafür bietet Papst Franziskus in seiner Botschaft zum Weltfriedenstag 2017 „Gewaltfreiheit: Stil einer Politik für den Frieden“, in der er die „aktive“ Gewaltfreiheit betont und eine Interpretation „im Sinn von Kapitulation, Mangel an Engagement und Passivität“ zurückweist. Als Beispiele verweist er auf Gandhi, Abdul Ghaffar Khan, Martin Luther King und Leymah Gbowee mit Tausenden liberianischen Frauen. Die Bergpredigt ist für ihn ein „Handbuch“ für den „Aufbau des Friedens“.

Verschiedene Arten der Gewalt

Weil es in der Gewaltfreiheit um ein aktives Engagement gegen Unrecht und Unterdrückung geht, lässt sich aber keine trennscharfe Abgrenzung zur Gewalt vornehmen. Es gibt Situationen, in denen die gewaltsame Gegenwehr als einziger Ausweg bleibt. Das trifft vor allem auf jene Fälle zu, in denen ein übermächtiger Gegner fast wehrlose Opfer zu überrollen droht. In solchen Extremsituationen kann

sich Gewalt als letzte bleibende Option erweisen. Gandhi selbst sprach im Blick auf die militärische Verteidigung der Polen gegen die Übermacht der Armee Hitlers von einer „fast gewaltfreien“ Gegenwehr.

Eine Aussage Gandhis aus dem Dezember 1939 ist im Blick auf den aktuellen Krieg in der Ukraine bedenkenswert: „Meine Gewaltfreiheit unterscheidet verschiedene Arten von Gewalt: zur Verteidigung und zum Angriff. Es stimmt zwar, dass auf die Länge der Unterschied sich verwischt; aber das anfängliche Wertmaß bleibt bestehen. Ein Anhänger der Gewaltfreiheit muss, wenn es die Gelegenheit so ergibt, sagen können, welche Seite recht hat. So wünschte ich den Abessiniern, den Spaniern, den Tschechen, den Chinesen und den Polen Erfolg, obwohl ich in jedem Fall den Wunsch hatte, sie möchten gewaltfreien Widerstand leisten.“ Mit dieser Aussage betont er den bleibenden Unterschied zwischen Verteidiger und Angreifer, der nicht vernachlässigt werden darf und gegenwärtig für die Bewertung des Krieges in der Ukraine bedeutsam ist. Gleichzeitig warnte er aber auch vor der Gefahr, dass dieser Unterschied mit anhaltender militärischer Auseinandersetzung zu verschwinden droht. Mit der Bergpredigt weiß er um die große Ansteckungsgefahr, die immer mit Gewalt einhergeht. Auf längere Sicht garantiert nur der Ausstieg aus der Gewalt einen nachhaltigen Frieden. Zur Gewaltfreiheit gehört wesentlich die Langfrist-Perspektive. Sie kann nicht im Krisenfall plötzlich abgerufen werden, sondern braucht entsprechende Vorbereitung, Einübung und vermutlich sogar mehr Training als der militärische Widerstand. Für die Ukraine werden gewaltfreie Widerstandsformen an Bedeutung gewinnen, je länger der Abnutzungskrieg in der Ostukraine andauert. Er sollte schon jetzt viel stärker in den Abwehrkampf einfließen.

Formen der gewaltlosen Verteidigung

Gewaltfreier Widerstand muss auch stärker ins Zentrum einer notwendigen Weiterentwicklung der österreichischen Neutralität rücken. Die katholische Friedensbewegung Pax Christi Österreich hat in diese Richtung kürzlich eine entsprechende Stellungnahme veröffentlicht. Will Österreich vorrangig auf militärische Verteidigung setzen, wird eine bloße Erhöhung des Verteidigungshaushaltes nicht genügen. In diese Richtung gedacht, müsste unser Land vermutlich den Weg von Finnland und Schweden einschlagen. Für ein Land aber, das nur von NATO-Ländern und der neutralen Schweiz umgeben ist, bietet sich die Chance, vorbildhaft Formen der gewaltfreien Verteidigung auszubauen und entsprechend einzuüben. Auch das verlangt Budgetmittel und eine große gesellschaftliche Anstrengung. Österreich würde damit einen Weg einschlagen, der auf die langfristige und nachhaltige Kraft der Gewaltfreiheit setzt.

Österreich ist gerade als kleines Land aufgerufen, ergänzend zur militärischen Landesverteidigung verstärkt gewaltfreie Verteidigungsmöglichkeiten zu erforschen, die Bevölkerung in diese Richtung zu schulen und konkrete Konzepte umzusetzen. Überlegungen in diese Richtung gibt es seit Jahrzehnten, nur fehlte bisher der politische Wille, hier mutig voranzugehen. Es geht um Schritte in jene Richtung, die Papst Franziskus als Wunsch 2017 der ganzen Welt zurief: „Möge die Gewaltfreiheit von der Ebene des lokalen Alltags bis zur Ebene der Weltordnung der kennzeichnende Stil unserer Entscheidungen, unserer Beziehungen, unseres Handelns und der Politik in allen ihren Formen sein.“

*Univ.-Prof. Dr. Wolfgang Palaver,
Institut für Systematische Theologie der
Universität Innsbruck,
Vorsitzender Pax Christi Österreich*

Was ist Digitale Zivilcourage?

Hass im Netz ist und wird immer stärker ein brisantes Thema. Doch was kann ich tun, um Betroffenen zu helfen und was muss auf politischer Ebene passieren, um dem Hass entgegenzuwirken?

*Ramazan Yildiz, MSc, Outreach
ZARA – Zivilcourage und
Anti-Rassismus-Arbeit*

Bei der Digitalen Zivilcourage geht es darum, selbst aktiv gegen Hass und Hetze vorzugehen und Betroffene von Hass im Netz zu unterstützen, darunter versteht ZARA (österreichischer Verein für Zivilcourage und Anti-Rassismus-Arbeit) hasserfüllte Inhalte, die sich gegen Einzelpersonen oder Gruppen richten. Diese Inhalte beziehen sich häufig auf die ethnische Zugehörigkeit, die Hautfarbe, sexuelle Orientierung, das Geschlecht, die Religion, eine Behinderung oder auf das Alter. Oft erfüllen sie einen rechtlichen Straftatbestand und sind somit illegal. Zu diesem Zweck werden neben E-Mails und Webseiten vor allem soziale Netzwerke missbraucht.

Initiativen wie ZARAs „Schneller Konter“ (www.schnellerkonter.at) setzen Hasspostings und Gewaltandrohungen Solidaritätsbekundungen für die Betroffenen entgegen. Damit wird gezeigt, dass Hassposter*innen keineswegs repräsentativ für die Bevölkerung sind und dass es eine (oft schweigende) Mehrheit gibt, die Hass im Netz nicht unwidersprochen stehen lassen möchte. All jene, die in den sozialen Netzwerken selbst nicht diskutieren oder Statements abgeben möchten, können solchen, die dort aktiv sind und zu einem konstruktiven, höflichen Dialog aufrufen, mit Likes und Shares den Rücken stärken.

Auch im Rahmen des Projekts „Web@ngels“ nehmen von ZARA ausgebildete Ehrenamtliche – im *Der Standard-Forum* – Kontakt zu Postenden auf, die sich an der Grenze zwischen Meinungsfreiheit und Hass bewegen. Im Sinne der Prävention sollen die Postenden in einen reflexiven Dialog involviert werden, mit dem Ziel, eine positive Veränderung in ihrem Online-Verhalten zu bewirken. Die Arbeit von Web@ngels wirkt einerseits präventiv gegen (straf-)rechtliche Übertretungen und trägt andererseits zur Förderung

von Meinungsvielfalt im Netz bei. So macht dieses Pilotprojekt Hoffnung auf ein Internet, in dem User*innen in ihrer Vielfalt Platz haben und respektiert werden.

Wege digitaler Zivilcourage

Digitale Zivilcourage auszuüben bedeutet vor allem Solidarität und Gegenrede. Beides sind gute Strategien, um Betroffene von Hass im Netz zu unterstützen. ZARA Training bietet hierzu Workshops an, die zum einen für die Auswirkungen von Hass und Hetze im Internet sensibilisieren, andererseits aber auch Medien- und Handlungskompetenzen rund um den Themenbereich vermitteln. Es geht darum, konkrete Möglichkeiten des und der Einzelnen, nicht nur „offline“ an der Arbeitsstelle oder in der Öffentlichkeit in „unangenehmen“ Situationen einzugreifen, sondern sich auch online zu engagieren und zu kontern, aufzuzeigen und zivilcouragiert zu handeln. Das kann man lernen! Eine weitere wichtige Möglichkeit ist das Melden: Viele Online-Portale und Social-Network-Betreiber*innen haben eine Meldefunktion, über die herabwürdigende und verhetzende Postings gemeldet werden können. Melden kann man bedenkliche Inhalte auch bei ZARA, z.B. unter www.zara.or.at/de/beratungsstellen/GegenHassimNetz. Die Beratungsstelle #Gegen Hass im Netz wurde 2017 vom Bundeskanzleramt ins Leben gerufen, um österreichweit Betroffene und Zeug*innen von Hasspostings, Cyber-Mobbing und anderen Formen von verbaler und psychischer Gewalt im Internet zu unterstützen. ZARA hat bei den reichweitenstärksten Social Media Firmen den „Trusted-Flagger“ Status, d.h. ZARA wird von den großen IT-Unternehmen als besonders vertrauenswürdig eingestuft. Der Trusted Flagger Status führt zu erhöhten Löschraten, weshalb

die Beratungsstelle Betroffene und Zeug*innen von Hass im Netz häufig bei Löschungen erfolgreich unterstützt. Die Beratungsstelle beantragt auch oft erfolgreich die Sperrung der Accounts belästigender User*innen.

Wenn jemand anderer betroffen ist, kann man die betroffene Person auch direkt anschreiben/ansprechen, um ihre Bedürfnisse besser zu verstehen und Unterstützung anzubieten. Es ist auch Zivilcourage, die Situation zu benennen und zu zeigen, dass man das Verhalten der Hater*innen nicht in Ordnung findet. Eine weitere Möglichkeit ist, andere auf die Situation aufmerksam zu machen (z.B. durch Markieren/Taggen). Damit werden auch andere Mitleidende motiviert, aktiv zu werden, statt wegzuschauen.

Neues Gesetzespaket

Die Möglichkeiten, sich gegen Hass im Netz rechtlich zur Wehr zu setzen, sind in Österreich durch das neue Gesetzespaket, das seit 2021 in Kraft ist, umfassender geworden. Trotzdem fehlt oftmals das Wissen darüber und viele Betroffene schrecken noch immer vor rechtlichen Schritten zurück – zum Beispiel aus Angst, die Aufmerksamkeit der Täter*innen noch mehr auf sich zu ziehen. Das zeigt: Strafrechtliche Erweiterungen sind wichtig. Aber es braucht weiters viel mehr Präventions-, Informations- und Bildungsarbeit und gleichzeitig müssen die Plattformen endlich Verantwortung übernehmen. Dafür sind Regelungen auf EU-Ebene, wie der geplante Digital Services Act (DSA) entscheidend. Gemeinsam mit 36 weiteren internationalen NGOs fordern wir deswegen unter anderem, dass im DSA festgehalten wird, dass illegale Inhalte EU-weit schneller entfernt werden müssen und dass die Zusammenarbeit zwischen Regulierungsbehörden, Plattformen und Zivilgesellschaft erleichtert wird.

Permanenter Krieg oder permanente Neutralität

Im verheerenden Krieg in der Ukraine ist bisher kein Ende in Sicht. Doch welche Zukunftsperspektiven gibt es und wie könnte eine Verhandlungslösung aussehen?

*Univ. Prof. Dr. Heinz Gärtner,
Politikwissenschaftler;*

Der Krieg Russlands gegen die Ukraine hatte Anfang Juni einen Sättigungsgrad erreicht. Die Kämpfe wogen hin und her. Die Theorie des „gerechten Krieges“ kennt einige wichtige Bedingungen: Es muss ein „gerechter Grund“ vorliegen, der mit der Verteidigung der Ukraine gegen den russischen Angriffskrieg zweifelsohne gegeben ist. Eine andere Bedingung ist aber die „Verhältnismäßigkeit“. Danach müssten Gewinne auf dem Schlachtfeld größer sein als die Zerstörung und die menschlichen Verluste. Diese übersteigen zunehmend die militärischen Vorteile beider Seiten. Die Ukraine scheint große Verluste in Kauf zu nehmen, um die russischen Truppen zurückzudrängen. Dennoch dürfte sie nunmehr auf dem Verhandlungstisch mehr erreichen können als auf dem Schlachtfeld. Wie könnte eine Verhandlungslösung aussehen? Für Russland war die Mitgliedschaft der Ukraine in der NATO, die die Ukraine anstrebte, eine rote Linie. Bei den Gesprächen in Istanbul Ende März hatte man daher die Neutralität der Ukraine schon in Betracht gezogen, die aber auch einen Rückzug der russischen Truppen von einem Großteil des ukrainischen Territoriums zur Folge haben müsste.

Historische Vergleiche

Die Fortsetzung des Krieges brächte sowohl für Russland als auch die Ukraine dramatische Konsequenzen. Zieht man historische Vergleiche, so haben sowohl Frankreich in Algerien (1954-1962), die USA in Vietnam (1964-1975) und die Sowjetunion in Afghanistan (1979-1989) die fast zehn Jahre dauernden Kriege um Einfluss letztlich verloren, aber jeweils an die zwei Millionen Tote hinterlassen. Weitere Warnungen für Russland können der seit 2015 von Saudi Arabien (vom Westen hochgerüstet) gegen

die Rebellenorganisation der Houthis geführte Krieg im Jemen und der Krieg der USA und der NATO in Afghanistan (2001-2022) sein, mit jeweils zehn- bis hunderttausenden Opfern. Nach dem achtjährigen Krieg zwischen dem Iran und Irak von 1980 bis 1988 mit zwei Millionen Opfern wurde die Grenze wieder dort gezogen, wo sie vor dem Beginn des Krieges war.

Die Stimmen aus dem Westen, die glauben, man müsse Russland ein für alle Mal eine Lektion erteilen, dass es keine künftigen Kriege mehr beginnt, werden durch die Geschichte vielfach widerlegt. Zwanzig Jahre nach Deutschlands Niederlage im Ersten Weltkrieg startete Adolf Hitler einen neuen. Zwei Jahre nach dem verlustreichen Krieg des Irak gegen den Iran überfiel Saddam Hussein 1992 Kuwait. Trotz der Erfahrungen in Vietnam intervenierten die USA in Afghanistan 2001 und Irak 2003. Nicht zuletzt, nach dem erzwungenen Abzug der Sowjetunion aus Afghanistan 1989 begann Russland 2022 den Krieg gegen die Ukraine.

Neutralität und Sicherheitsgarantien

Für die Ukraine entscheidend sind aber Sicherheitsgarantien, die für eine derartige Neutralität gegeben werden können. Bilaterale Beistandsverpflichtung von NATO-Staaten würden sich kaum von einer NATO-Mitgliedschaft unterscheiden und kaum gegeben werden. Auch in diesem Krieg vermeiden es die NATO-Staaten, direkt hineingezogen zu werden.

Es bestünde ebenfalls das Modell von multilateralen Sicherheitsgarantien im Sinne eines kollektiven Sicherheitssystems. Daran würden die permanenten Mitglieder des UN-Sicherheitsrates (die USA, Russland, China, Groß-

britannien und Frankreich) sowie etwa Deutschland, Italien, Polen, die Türkei und auch andere beteiligt sein. Diese Staaten sollten einer Aggression vorbeugen und einem Angreifer entgegenzutreten. Allen Staaten, inklusive Russland, würde eine besondere Verantwortung zukommen.

Derartige Sicherheitsgarantien funktionieren aber nur, wenn der neutrale Staat seine Neutralität glaubwürdig vermittelt. Er muss schon in Friedenszeiten klarstellen, dass er keinem Militärbündnis beitreten und an keinen fremden Kriegen teilnehmen wird. Die Ukraine hatte immer wieder betont, dass sie dem Militärbündnis NATO beitreten wolle; sie war daher nicht als glaubwürdig neutraler Staat zu betrachten. Das russische Motiv für die Invasion in der Ukraine war schließlich nicht deren neutraler Status, sondern ihre Absicht, einem aus russischer Sicht feindlichen Bündnis beizutreten.

Belgien nach 1830 ist ein Beispiel für die erfolgreiche Kombination von permanenter Neutralität und multilateralen Sicherheitsgarantien. Erst durch die Anerkennung der Staaten des Wiener Kongresses – Österreich, Preußen, dem Vereinigten Königreich, Frankreich und Russland – als permanent neutraler Staat wurde Belgien ein unabhängiger Staat. So behielt Belgien für fünfundsiebzig Jahre seine Unabhängigkeit. Es diente gleichzeitig als wichtiger Pufferstaat zwischen Frankreich und Deutschland. Erst im Zuge des Ersten Weltkrieges wurde Belgien – so wie die nicht-neutralen Staaten Frankreich und Russland – von Deutschland angegriffen. Großbritannien nahm seine Verpflichtungen ernst und nahm den Angriff auf das neutrale Belgien als Anlass in den Krieg einzutreten.

Ein neutraler Status kann aber an sich keine Garantie sein. Historisch gesehen wurde Neutralität immer

dann militärisch verletzt, wenn auch Bündnismitglieder angegriffen wurden, wie während des Ersten und des Zweiten Weltkriegs. Beispiele sind nicht nur Belgien und Norwegen, sondern auch der Iran, dessen Neutralitätsversuche während beider Weltkriege durch die Besetzung der Sowjetunion und Großbritanniens beendet wurden. So drohte auch Präsident Eisenhower der Sowjetunion mit Krieg, sollte sie die Neutralität Österreichs während der Ungarnkrise 1956 verletzen. In der Geschichte gab es kaum Fälle, bei denen ein schon zu Friedenszeiten neutraler Staat überfallen wurde, ohne dass gleichzeitig auch nicht-neutrale Staaten angegriffen wurden. Ein Beispiel ist die Einverleibung von Hawaii durch die USA 1895.

Gefahr der permanenten Besatzung

Neutralität und der Verzicht der Ukraine auf die NATO-Mitgliedschaft sind eine Möglichkeit, dass russische

Truppen abziehen. Sonst droht der Ukraine permanente Besetzung oder permanente Teilung, wie in Deutschland oder Korea im Kalten Krieg. Wäre dieser Vorschlag 2014 aufgegriffen worden, hätte der Krieg wahrscheinlich verhindert werden können, und die Ukraine hätte den Donbas mit einer starken Autonomieregelung, wie im Minsk-Übereinkommen vorgesehen, behalten können.

Österreich war von ausländischen Truppen der vier Siegermächte, einschließlich sowjetischer, besetzt. Es drohte die Gefahr der permanenten Besetzung und Teilung, wie in Deutschland. Durch den Verzicht auf Mitgliedschaft in einem Militärbündnis, wurden diese Truppen abgezogen, und die Neutralitätserklärung wurde am 26. Oktober 1955 vom österreichischen Parlament verabschiedet. Die österreichische Neutralität ist verfassungsrechtlich verankert und völkerrechtlich garantiert.

Die Annahme, dass es keine Alternative zum Krieg geben würde, hat in der Geschichte immer wieder zu Tra-

gödien geführt. Um zu einer Einigung zu kommen, wird man Kompromisse finden müssen. Der Verzicht der Ukraine auf eine NATO-Mitgliedschaft und eine garantierte Neutralität der Ukraine ist der wichtigste Punkt. Neutralität der Ukraine scheint eine tragbare Basis für eine Friedenslösung zu sein. Es gibt keine vollständige Garantie dafür, dass Großmächte Abkommen und Völkerrecht einhalten, wie auch Präsident Trumps einseitige Aufkündigung des Nuklearabkommen mit dem Iran zeigt, wodurch er die Golfregion an den Rand des Krieges brachte. Präsident Putin brachte den Krieg zurück nach Europa, er darf nicht zur Normalität werden! Darüber hinaus muss für nach dem Krieg eine große internationale Sicherheitskonferenz angedacht werden, ähnlich wie die der KSZE in Helsinki 1975, bei der dann die Ergebnisse mit Zusicherungen und Verträgen zwischen Russland und dem Westen abgesichert werden.

Der Artikel erschien erstmals in:

Der Kranich 02/2022, Seite 8 bis 9.

Veranstaltungsbericht: Zuhören statt zumachen

Am 9. Juni 2022 kamen die Politologin Dr.ⁱⁿ Tamara Ehs, die Historikerin Dr.ⁱⁿ Marion Wisinger und der Referent für Weltanschauungsfragen Mag. Herbert Mühringer miteinander ins Gespräch, um Möglichkeiten aufzuzeigen, wie es gelingen kann, unterschiedliche Meinungen zu respektieren und auch den eigenen Standpunkt zu hinterfragen.

Im besten Fall können alle in einem Staat lebenden Menschen mitgestalten. Das Problem derzeit ist die zunehmende soziale Ungleichheit. Die soziale Frage ist wichtig für die Demokratiequalität, streicht Tamara Ehs hervor. Das heißt, die Teuerungswelle hat direkte demokratische Auswirkungen, da die Mitgestaltungsbereitschaft der Armutsbetroffenen abnimmt und daher ihre Probleme in politischen Debatten und Entscheidungen wenig Berücksichtigung finden. Dass durch Digitalisie-

rung die Demokratiequalität zunimmt, bezweifelt Ehs. Dort schließt man sich vor allem Gruppen an, die ähnliche Ansichten vertreten, kaum jenen, die die eigene Sicht in Frage stellen.

Marion Wisinger beschrieb, warum sich manche Menschen nicht beteiligen: Sie halten sich für unpolitisch, unwissend, machtlos, und fühlen sich sprachlos, weil sie nicht gehört werden. Wie kann man dieser Tatsache entgegenwirken? Oft wird dabei auf die Lehrer*innen verwiesen. Doch im Unterricht bleibt nicht viel Zeit für politische Bildung und ein eigenes Unterrichtsfach für politische Grundbildung ist nicht vorgesehen. Aus den vielen Workshops, die Wisinger in Schulen hält, weiß sie, dass die Schüler*innen sehr wohl die Probleme erkennen, aber nicht wissen, was sie tun können, um das zu ändern. Aber das ist nicht nur

bei Jugendlichen so, sondern genauso bei Menschen, die aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind – ihre Informiertheit nimmt ab, so Wisingers Beobachtungen.

Herbert Mühringer betont, dass es immer zuerst darum geht, den Menschen zu sehen und nachzufragen, warum ihr*ihm das wichtig ist. Aber im Falle von Verschwörungstheorien ist zusätzlich wichtig nachzufragen, was diese Thesen mit der Person machen, was es für sie*ihn heißt, anzunehmen, dass es andere Personen gibt, die ihr*ihm schaden wollen. Mühringer empfiehlt sich, in Gelassenheit zu üben, sich zu positionieren und auf jeden Fall den Kontakt aufrecht zu halten.

MMag.^a Michaela Wagner, Katholisches Bildungswerk OÖ – Treffpunkt Bildung; Mag.^a Lucia Göbesberger, Sozialreferat

Sozialer Protest und politischer Wandel in Kolumbien

Die Gewalt in Kolumbien hält trotz Friedensabkommen an. Welche Perspektiven gibt es für politischen Aktivismus und einen Wandel hin zu einem nachhaltigen Frieden?

*Mag. Dr. Aaron Tauss, M.A.,
Universität Wien,
Institut für Politikwissenschaft*

Im November 2016 unterzeichneten die kolumbianische Regierung und die größte Guerillagruppe des Landes (F.A.R.C.-E.P., Abkürzung für spanisch Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia – Ejército del Pueblo, Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens – Volksarmee) ein historisches Friedensabkommen. Der Vertrag markierte einen Wendepunkt in Kolumbiens jahrzehntelangem Bürgerkrieg. Seit Mitte der 1960er Jahre sind 262.000 Menschen ums Leben gekommen, 80.000 verschwunden, und fast fünf Millionen Menschen vertrieben worden. Trotz des Friedensabkommens hält die Gewalt in weiten Teilen des Landes unvermindert an. Seit der Unterzeichnung sind über 1.300 soziale Aktivist*innen und mehr als 300 ehemalige Farc-Kämpfer*innen ermordet worden. Bei den Täter*innen handelt es sich meist um rechts-extreme Paramilitärs, Drogenbanden, das Militär oder dissidente Farc-Gruppen. Nur in den wenigsten Fällen werden die Morde aufgeklärt.

Kein Frieden in Sicht

Die anhaltende Gewalt gegen soziale Aktivist*innen ist jedoch nicht das einzige Problem auf dem Weg zu einem friedlichen Kolumbien. Die scheidende Regierung des rechts-konservativen Präsidenten Iván Duque hat in den vergangenen vier Jahren die Umsetzung des Friedensabkommens gezielt boykottiert. In Sachen Landreform und bei der Substitution des Kokaanbaus gab es wenig bis keine Fortschritte. Laut den Vereinten Nationen, wurde im Jahr 2020 in Kolumbien auf 143.000 Hektar Koka angebaut. Das entspricht 7 % der gesamten Fläche. Mehr denn je ist das Land der weltweit größte Produzent von Kokain, das aus dem Kokablatt gewonnen wird. Politische Macht ist in Kolumbien seit jeher eng mit Landbesitz verbunden. Dies ist der Grund,

warum Richter*innen und Staatsanwälte*innen, die mit der Aufklärung von Landansprüchen von gewaltsam vertriebenen Kleinbauern und Kleinbäuerinnen betraut sind, systematisch bedroht und ermordet werden. Großgrundbesitzer*innen und Viehzüchter*innen, die oft enge Beziehungen zum organisierten Verbrechen und paramilitärischen Gruppen pflegen, konnten ihre politische Macht und ihren Einfluss innerhalb der Staatsorgane unter der Duque-Präsidentschaft noch weiter stärken. Angesichts dessen, war es auch wenig überraschend, dass die Regierung Duque das Budget für die im Friedensabkommen vorgesehene Wahrheitskommission, sowie jenes für die Suche nach vermissten Personen und für die Sondergerichtsbarkeit des Friedensprozesses kürzte.

Neue Räume für politischen Aktivismus

Trotz dieser Rückschläge haben der Friedensprozess und die Auflösung der Farc progressiven und linken Kräften neue Räume für politischen Aktivismus eröffnet. Das Friedensabkommen sieht eine breitere politische Beteiligung der Zivilgesellschaft vor und enthält staatliche Garantien, die die Sicherheit von politischen Parteien, Gewerkschaften, sozialen Bewegungen und Menschenrechtsgruppen gewährleisten sollen. In den vergangenen Jahren erlebte Kolumbien linke Wahlerfolge und eine beispiellose Welle sozialer Proteste.

Das erste Zeichen des politischen Wandels war zweifellos die Präsidentschaftskampagne 2018 des ehemaligen Guerillakämpfers Gustavo Petro. Trotz seiner klaren Niederlage in der Stichwahl gegen Duque, war Petros Leistung bemerkenswert. Kolumbien ist eines der konservativsten Länder der Hemisphäre; noch nie zuvor hatte ein linksgerichteter Kandidat so viele

Stimmen bei Präsidentschaftswahlen gewonnen. Petros progressive Kampagne war für viele jedoch nur ein Anfang. Ende 2019 gingen 1,5 Millionen Kolumbianer*innen auf die Straße, um gegen Korruption, Privatisierungen, Umweltzerstörung und die systematische Ermordung von sozialen Aktivist*innen zu protestieren. Die Mobilisierung machte deutlich, dass vor allem die jüngere Generation bereit ist, für ein demokratisches, egalitäres, feministisches und friedliches Land zu kämpfen. Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie im März 2020 setzte nicht nur den Protesten ein jähes Ende, sondern verschärfte auch die bereits prekäre sozio-ökonomische Lage vieler Kolumbianer*innen. Dies führte im Mai 2021 zu einer der größten Protestwellen in der Geschichte des Landes, an der sich über ein Zehntel der gesamten Bevölkerung über Wochen beteiligte. Die Duque-Regierung reagierte mit Gewalt und Repression.

Politischer Wandel

Der Wunsch nach politischer und sozialer Veränderung kam auch in den mit Spannung erwarteten Präsidentschaftswahlen im Juni dieses Jahres deutlich zum Ausdruck. Petro, der erneut mit einem breiten Bündnis von progressiven Kräften und sozialen Bewegungen antrat, gewann als erster links-gerichteter Kandidat die Stichwahl gegen den rechts-populistischen und parteiunabhängigen Politik-Newcomer Rodolfo Hernández. Petro verfolgt ein progressives sozial-ökologisches und wirtschaftliches Programm, das für eine Demokratisierung und einen sozialdemokratischen Wandel steht. Viele Kolumbianer*innen sehen in seinem Wahlsieg eine Chance, das Land gerechter zu machen, die soziale Kluft zu verkleinern und wichtige Reformen auf den Weg zu

resse - interesse - interesse - interesse - interesse -
sse - interesse - interesse - interesse - in
se - interesse - inter
P

TERMINE

Monatstreff Pax Christi OÖ Entwicklungszusammenarbeits- Projekt – Senegal, Bericht

Mi., 28. Sept. 2022, 18.30 bis 20 Uhr
Referentin: *Lore Beck (Evangelische
Pfarrgemeinde)*

Urbi@Orbi, Bethlehemstraße 1a,
4020 Linz

Information und Anmeldung:
www.dioezese-linz.at/urbiorbi
☎ (0676) 87 76 60 00

Politisches Gebet Flucht muss möglich sein! (Zum „Langen Tag der Flucht 30. Sept. 2022“)

Do., 29. Sept. 2022, 18 bis 19 Uhr
Martin Luther Kirche, Martin-Luther-
Straße 2, 4020 Linz

„Stimmen in der Synagoge“ Haus der Kindheit – Anna Mitgutsch

Lesung mit Musik
So., 2. Okt. 2022, 18 Uhr
Linzer Synagoge, Bethlehem-
straße 26, 4020 Linz
Information und Anmeldung:
office@ikg-linz.at,
☎ (0732) 77 98 05

GEHDENKEN 2022 Künstlergespräch & Gedenk- marsch zum Gedenkort. Flucht – am Stadtfriedhof St. Martin/Traun

Do., 3. Nov. 2022, 19 Uhr
Künstlergespräch: *Mag. Arye
Wachsmuth, gestaltender Künstler
Mag.^a (FH) Sedina Dolic, Flüchtlings-
beratung Caritas OÖ, Dr. Stefan
Schlager, Initiator der Gedenkstätte*
Diözesanhaus, 4. OG,
Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Fr., 4. Nov. 2022, ab 12 Uhr
Gedenkmarsch zum Gedenkort für
Menschen, die auf der Flucht ver-
storben sind, am Stadtfriedhof
St. Martin/Traun
Information: [www.dioezese-linz.
at/kbw-treffpunktbildung/
gehdenkmarsch](http://www.dioezese-linz.at/kbw-treffpunktbildung/gehdenkmarsch)

Wege der Versöhnung in Kolumbien

Verträge und Abkommen zwischen und innerhalb von Staaten allein können keinen Frieden sichern. Frieden ist ein Weg der täglich beschritten werden muss, um Versöhnung zu finden. In Kolumbien ist es selbst sechs Jahre nach Unterzeichnung des Friedensabkommens noch ein weiterer Weg, um den sozialen Zusammenhalt nach über 30 Jahren Bürgerkrieg wiederherzustellen.

Dieser vielschichtige Konflikt lässt Kolumbien einfach nicht zur Ruhe kommen. Viele Menschen wollen aber Frieden und arbeiten auf unterschiedlichste Weise an Versöhnung und Aufarbeitung. Luisa Acosta und Fabio Mesa berichten von Erfolgen und Grenzen ihres kreativen Aktivismus in diesen Prozessen.

Referent*innen:

- » *Luisa Acosta* ist Historikerin, Gastronomie-Beraterin und Slow-Food-Köchin in Kolumbien.
- » *Fabio Mesa* ist Politikwissenschaftler und Berater in der öffentlichen und lokalen Verwaltung.

Termin: Mo., 10. Okt. 2022, 19.30 Uhr

Ort: Kepler Salon, Rathausgasse 5, 4020 Linz

Eine Veranstaltung des Welthauses der Diözese Linz

Alles was es braucht! Mit Riesen- schritten zum Grundeinkommen?

Wie Pandemie und Klimakrise die
Rolle des Staates verändern
Mo., 26. Sept. 2022, 19.30 Uhr
Referentin: *Mag.^a Margit Appel,
Politikwissenschaftlerin*
Ort: Dominikanerhaus Steyr,
Grünmarkt 1, 4400 Steyr
Information und Anmeldung:
www.dominikanerhaus.at
☎ (07252) 45 400

Die Klimakatastrophe - wir müssen sie verhindern. Aber wie kann das gehen?

Di., 4. Okt. 2022, 19.30 Uhr
Referent: *Rudolf Anschöber, ehem.
Österreichischer Bundesminister*
Moderation: *Dipl.-Ing. Rudolf Mayr*
Ort: Dominikanerhaus Steyr,
Grünmarkt 1, 4400 Steyr
Information und Anmeldung:
www.dominikanerhaus.at
☎ (07252) 45 400

Impressum: Inhaberin Diözese Linz (Alleininhaberin)
Herausgeberin und Verlegerin: Mag.^a Lucia Göbesberger, Sozialreferat,
Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz, ☎ (0732) 76 10 – 32 51
E-Mail: sozialreferat@dioezese-linz.at, www.dioezese-linz.at/soziales
Hersteller: Druckerei Haider Manuel e.U., 4274 Schönau i.M., Niederndorf 15
Verlagsort Linz, Verlagspostamt 4020 Linz/Donau, Erscheinungsort Linz
Österreichische Post AG - MZ02Z031665M – Pastoralamt der Diözese Linz, Kapuzinerstraße 84, 4020 Linz
Die Inhalte müssen nicht mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.


Katholische Kirche
in Oberösterreich